

| FERPA-MANIFEST



**Das Recht auf ein
Leben in Würde für
RentnerInnen und
ältere Menschen**



ferpa

FÉDÉRATION EUROPÉENNE
DES RETRAITÉS ET DES PERSONNES ÂGÉES



Seit mehreren Jahren, insbesondere nach den jüngsten Finanzkrisen, versuchen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihre Ausgaben zu senken, vor allem durch deutliche Kürzungen der Sozialhaushalte.

Ältere Menschen und RentnerInnen waren die ersten Opfer dieser drastischen Massnahmen: Kürzungen der Gesundheitsbudgets, Personalknappheit und ungenügende Mittel in den Gesundheitseinrichtungen sowie Einfrieren oder sogar Kürzung der Renten in zahlreichen Ländern.

Auch für die jüngeren Generationen haben sich die Bedingungen für Beschäftigung, den Zugang zu Ausbildungen, Praktika oder Lehrstellen verschlechtert, insbesondere als Folge der Covid-Pandemie. Aus diesem Grund wird die FERPA ihre Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen des EGB weiterführen, um die Solidarität zwischen den Generationen auszubauen.

Die Pandemie, von der kein Kontinent und kein Land verschont geblieben ist, hat in erster Linie die katastrophalen Auswirkungen der in der jüngsten Vergangenheit verfolgten Politik offenbart. Sie kann nicht allein für die dramatische Lage verantwortlich gemacht werden, in der sich die einzelnen Länder befinden. Sie hat jedoch zu einer Verschlechterung der Situation geführt, insbesondere für die schwächsten und verletzlichsten Menschen. Auf Seiten der Regierungen gab es anfangs eine Art Nachlässigkeit bei der Prävention und Bewältigung der Gesundheitskrise, die sich schnell zu einer Wirtschaftskrise ausgeweitet hat. Und die dramatische Frage, die sich stellt, lautet: Wer wird das bezahlen?

Es ist auch notwendig, auf mögliche künftige Pandemien vorbereitet zu sein. Dies bedeutet, dass die Kapazitäten der europäischen Gesundheits- und Sozialpolitik unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ausgebaut werden müssen.



Und um soziale Bedürfnisse und soziale Dienstleistungen zu finanzieren, müssen die Mitgliedstaaten eine gerechte Besteuerung entwickeln.

Mit COVID-19 und seinen verschiedenen "Varianten" haben RentnerInnen und ältere Menschen einen hohen Preis bezahlt, in Form von Sterblichkeitsraten oder in Form von nicht prioritärer Hospitalisierung in einigen Ländern und als Folgen, die sich aus den Isolierungsmassnahmen mit allen damit verbundenen psychischen Belastungen ergeben haben.

Die Europäische Föderation der RentnerInnen und älteren Menschen (FERPA) ist mehr denn je gewillt, sich Gehör zu verschaffen und zu handeln, damit RentnerInnen und ältere Menschen in ihrer Würde anerkannt werden und nicht weiterhin die "Vergessenen" der Gesellschaft bleiben.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) will sie sich einsetzen, damit die Europäische Säule der sozialen Rechte nicht nur eine Liste schöner Grundsätze oder guter Absichten bleibt, sondern für jede europäische Bürgerin und jeden europäischen Bürger, unabhängig von Alter oder Wohnsitz, Realität wird.

Um dies zu erreichen, hat die FERPA umfassende Umfragen und Konsultationen unter ihren Mitgliedern durchgeführt und das vorliegende Manifest erarbeitet, in dem die Prioritäten dargelegt werden. Oberste Priorität hat die Bekämpfung der Armut, wobei selbstverständlich nicht der Eindruck entstehen darf, dass in Europa nur RentnerInnen arm sind. Es ist offensichtlich, dass schlechte Löhne zu schlechten Renten führen.

Es ist notwendig, die Art und Weise, wie wir das Altern betrachten, zu ändern und den Platz der RentnerInnen in der Gesellschaft anzuerkennen, um die Altersdiskriminierung zu bekämpfen und „RentnerInnen“ nicht „Inaktiven“ gleichzustellen.

Die Kaufkraft von ArbeitnehmerInnen darf nicht abnehmen, wenn sie in Rente gehen.

Diese grundlegende Forderung kann wie folgt formuliert werden: **Bekämpfung und Verhinderung von Armut bei RentnerInnen und älteren Menschen, um das Recht auf ein Leben in Würde zu ermöglichen.**

Sie kann in vier *prioritäre RECHTE* unterteilt werden:

1. Das **Recht auf angemessene Renten**, um die Altersarmut zu bekämpfen, insbesondere jene der Frauen, die eine höhere Lebenserwartung haben und die am Ende ihres Lebens oft allein dastehen und mit einem einzigen Einkommen auskommen müssen, dessen Höhe infolge eines durch Benachteiligungen geprägten Arbeitsleben reduziert wurde.
2. Das **Recht auf eine Gesundheits- und Langzeitpflege**, die qualitativ hochwertig und finanziell sowie örtlich zugänglich ist.
3. Das **Recht auf ein gesundes und angemessenes Zuhause**, unabhängig von der Art der gewählten Wohnsituation, **und ebenfalls auf wesentliche und erschwingliche öffentliche Dienstleistungen vor Ort.**
4. Das **Recht auf gleichberechtigtes Zusammenleben** aller älteren Menschen, um ihre **volle Teilnahme** an allen sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten in einem generationenübergreifenden Geist zu gewährleisten.

Dies bedeutet, die Armut in all ihren Formen zu bekämpfen und daher auf mindestens vier Ebenen aktiv zu sein, welche für die FERPA vorrangig sind:

- ➔ **Einkommen**
- ➔ **Gesundheit**
- ➔ **Wohnsituation**
- ➔ **Zugang zu Energie und grundlegenden Dienstleistungen**

Das steht alles im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon rechtsverbindlich wurde:

CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION

« Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. »
(Artikel 25)

« Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung für die

Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Massgabe des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. »
(Artikel 34–3)

« Jede Person hat das Recht auf Zugang zur Gesund-

heitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Massgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. Bei der Festlegung und Durchführung aller Politiken und Massnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt. »
(Artikel 35)



Die Verwirklichung dieser Forderungen ist auch Teil der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und vervollständigt, was die FERPA betrifft, den auf dem Gipfel von Porto am 6. Mai 2021 angenommenen Aktionsplan.

Die Mitgliedsorganisationen der FERPA sind mehr denn je engagiert.

Wir wollen mit und gegenüber dem EGB, gegenüber den Entscheidungsträgern (Kommission, Europäisches Parlament, Organe auf lokaler und nationaler Ebene) und entsprechend dieser Themen handeln, um unsere Forderungen durchzusetzen.

1

Das Recht auf angemessene Renten für alle

Die Situation der Rentnerinnen und Rentner in Europa ist besorgniserregend, nachdem die Wirtschaftskrise 2008-2012 viele Regierungen dazu veranlasst hat, die Rentenhöhe einzufrieren oder zu kürzen. COVID-19 wird nun, wenn nichts unternommen wird, zu einem neuen Schock führen, da die Renten zu oft als Anpassungsvariable für die Sozialhaushalte betrachtet werden.

Heute sind in der Europäischen Union 15,9 % der Menschen in der Altersstufe 65 und älter arm. Frauen sind stärker von Armut bedroht, da ihre Renten in der EU im Durchschnitt 38 % niedriger sind als jene der Männer.

Die Beschäftigungsbedingungen von Frauen in Europa sind charakterisiert durch prekäre Arbeitsverhältnisse, häufig auferlegte Teilzeitarbeit, finanziell nicht entschädigte Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn auf Grund der Betreuung von Kindern und zunehmend auch von älteren Familienangehörigen, fehlende Aufteilung der familiären Pflichten und Aufgaben mit dem Ehe- oder Lebenspartner usw. Alle wissen, dass diese Bedingungen und vor allem das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern – ein Gefälle, das auch bei den neuen Generationen weiter besteht – die Frauen nicht nur während ihres Arbeitslebens, sondern auch und vor allem während ihres Ruhestands benachteiligen. Aus all diesen Gründen sind ihre Renten besonders niedrig im Vergleich zu jenen der Männer. Ältere und sehr alte Frauen gehören zu denjenigen, die am meisten von Armut und schwerer Armut im Ruhestand bedroht sind.

Um das Armutsrisiko von Rentnern – sowohl von Frauen als auch von Männern – zu verringern oder besser noch zu beseitigen, ist es in erster Linie notwendig, ihnen während ihres Arbeitslebens die Möglichkeit zu geben, angemessene Löhne zu erzielen und die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen zu gewährleisten. Dies würde es ihnen ermöglichen, im Ruhestand eine angemessene Rente zu erhalten. Eine gute Beschäftigungspolitik, die hohe Erwerbseinkommen garantiert, ist in der Tat die beste Garantie für die Nachhaltigkeit der Rentensysteme. In der Europäischen Union erfordert die Bekämpfung von Armut oder sozialer Ausgrenzung älterer

GRUNDSATZ 14 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: MINDESTEINKOMMEN

Jede Person, die nicht über ausreichende Mittel verfügt, hat in jedem Lebensabschnitt das Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen, die ein würdevolles Leben ermöglichen, und einen wirksamen Zugang zu dafür erforderlichen Gütern und Dienstleistungen. Für diejenigen, die in der Lage sind zu arbeiten, sollten Mindesteinkommensleistungen mit Anreizen zur (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt kombiniert werden.

GRUNDSATZ 15 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: ALTERSEINKÜNFTE UND RUHEGEHÄLTER

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbständige im Ruhestand haben das Recht auf ein Ruhegehalt, das ihren Beiträgen entspricht und ein angemessenes Einkommen sicherstellt. Frauen und Männer sind gleichberechtigt beim Erwerb von Ruhegehaltsansprüchen. Jeder Mensch im Alter hat das Recht auf Mittel, die ein würdevolles Leben sicherstellen.

Menschen, die zur Isolation führt, auch die Sicherstellung angemessener und regelmässig angepasster Renten, verbunden mit wirksamen öffentlichen Sozial- und Gesundheitsdiensten, die auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt sind. Dabei ist zu vermeiden, dass die Kosten für diese Dienste die ohnehin schon niedrigen Renten belasten.

Darüber hinaus fordert FERPA die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente in ganz Europa, die über der Armutsgrenze liegt. Mit Ausnahme von lediglich zwei Ländern liegen jedoch alle Mindestrenten, sofern es sie gibt, unterhalb der Armutsgrenze. Die FERPA prangert diesen Umstand entschieden an. Sie (die gesetzliche Mindestrente) wäre eines der wichtigsten Instrumente zur Verringerung des Armutsrisikos älterer Menschen und zur wirksamen Umsetzung von Grundsatz 15 der Europäischen Säule sozialer Rechte.

Schließlich dürfen die Rentensysteme nicht nur unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und der Anhebung des Renteneintrittsalters als einzige Lösung analysiert werden. Um von Nachhaltigkeit sprechen zu können, muss man vielmehr das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und RentnerInnen kennen und in allen europäischen Ländern die Rentenausgaben von den Sozialhilfeaufwendungen trennen, um über einheitliche Daten zu verfügen bezüglich der beitragsabhängigen Rentenausgaben und der Sozialhilfeausgaben, die aus Steuereinnahmen zu finanzieren sind.

Deshalb fordert die FERPA :

- ➔ Ein Einfrieren des Rentenalters.
- ➔ Automatische Indexierung aller Renten, angepasst an die Entwicklung der Löhne und/oder Preise, um die Kaufkraft der RentnerInnen zu sichern.
- ➔ Die Einführung in allen EU-Ländern einer nationalen Mindestrente, die über der Armutsgrenze liegt.
- ➔ Die Beseitigung von Rentenungleichheiten zwischen Frauen und Männern, wobei beispielsweise Schwangerschaftszeiten oder Zeiten der Betreuung von Kindern oder älteren Menschen berücksichtigt werden, da diese Leistungen nach wie vor hauptsächlich von Frauen erbracht werden.
- ➔ Massnahmen zur Sicherung eines Teils der Rente für Ehegatten nach Scheidung oder Tod.
- ➔ Die Definition eines "Mindestkorbs von Waren und Dienstleistungen" für ältere Menschen, um dem Armutsrisiko vorzubeugen.
- ➔ Steuerregelungen, die denen von Lohnempfängern entsprechen, in Ländern, in denen Rentner und Rentnerinnen bei gleichem Einkommen höher besteuert werden.
- ➔ Eine gewichtigere Rolle für RentnerInnen-Gewerkschaften bei der Verteidigung ihrer Forderungen.

2

Das Recht auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege für alle

Wenn wir heute über Gesundheit sprechen, dann sprechen wir über COVID-19. Diese Krise hat die Ungleichheiten verschärft und deutlich gemacht, dass die Staaten durch ihre neoliberale Politik beschlossen haben, die öffentliche Kontrolle über das Gesundheitswesen zu lockern und damit der Privatisierung und Kommerzialisierung freien Lauf zu lassen. Sie haben haushaltspolitische Entscheidungen getroffen, die mehr der finanziellen Rentabilität dienen als dem Wohlergehen und der Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere der älteren Menschen. Dies bedeutet:

- Die zunehmende privatwirtschaftliche Rentabilität hat als Folge höhere Honorare in vielen Fachbereichen und dadurch Ausschluss von Menschen mit geringem Einkommen, Verringerung der Verfügbarkeit von Fachkräften im Gesundheitswesen und Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.
- Verstärkung der sozialen Ungleichheit durch Einschränkung des allgemeinen Zugangs zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Das Europäische Sozialobservatorium hat festgestellt, dass immer mehr Erwachsene und Kinder gezwungen sind, aus finanziellen Gründen auf eine medizinische Versorgung zu verzichten oder diese aufzuschieben.

Die Gesundheitskrise hat die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verschärft. Frauen sind stärker betroffen als Männer: Berufe – mit geringem Einkommen – im Bereich der Betreuung von Menschen sind vor allem Frauen vorbehalten, so dass sie an der vordersten Front der Ansteckungen stehen. Darüber hinaus hat der Lockdown die Belastung durch Haus- und Familienarbeit erhöht, was zu physischer und psychischer Erschöpfung geführt hat.

In die Gesundheit zu investieren bedeutet, in die Prävention und in die sozialen Rahmenbedingungen zu investieren, welche die Gesundheit beeinflussen. Die Bedeutung des allgemeinen Zugangs zu Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen ist eine Garantie für den Schutz.

GRUNDSATZ 16 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: GESUNDHEITSVORSORGE

Jede Person hat das Recht auf rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Heilbehandlung.

GRUNDSATZ 18 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: LANGZEIT-PFLEGE

Jede Person hat das Recht auf bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste, insbesondere häusliche Pflege und wohnortnahe Dienstleistungen.

Im Hinblick auf die Gesundheitsprävention müssen wir auch darauf achten, was wir essen. Die Wahl unserer Lebensmittel hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern auch auf die Umwelt.

Eine ausgewogene, gesunde und ausreichende Ernährung ist wesentlich für Gesundheit und Wohlbefinden. Bekämpfen wir die Verschwendung und schonen wir so begrenzte Ressourcen wie Wasser, Strom und Boden.

Im Bereich der Betreuung älterer, pflegebedürftiger Menschen besteht ein doppelter Handlungsbedarf :

- ➔ Einerseits müssen die Mittel und die Ressourcen für die Pflege zu Hause optimiert und ausreichende Mittel für die Langzeitpflege und die Unterstützung im Alltag bereitgestellt werden. Ausserdem gilt es, die Dienstleistungen zu diversifizieren und konkrete Lösungen für eine individuelle, abgestufte Pflege entsprechend der familiären Situation jeder Person anzubieten.
- ➔ Andererseits muss die Zahl der Pflegeheime und Langzeitpflegeeinrichtungen für Menschen, die überhaupt nicht mehr selbständig sind, erhöht werden. Bei dieser Art der Betreuung müssen die "verbleibenden Kosten" auf ein Minimum reduziert werden und dürfen sich nicht nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kinder der Heiminsassen richten. Die Rechte und Freiheiten der betreuten Personen müssen in vollem Umfang geachtet werden.

Deshalb fordert die FERPA :

- ➔ Das Recht auf allgemeinen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Gesundheitsdiensten; dies setzt voraus, dass sowohl in Krankenhäusern als auch in Pflegeheimen ausreichend Personal zur Verfügung steht und dass die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung, die Arbeitszeit und die Arbeitsmittel den Anforderungen der Tätigkeit entsprechen.
- ➔ 100%ige Erstattung der Kosten für alle Arten von medizinischen Untersuchungen, ohne Altersbegrenzung.
- ➔ 100%ige Erstattung der Kosten für Impfungen und Tests.
- ➔ 100%ige Erstattung der Kosten für die medizinische Grundversorgung.
- ➔ Berücksichtigung und aktive Förderung sozialer Gesundheitsdeterminanten: körperliche Bewegung, Ernährung, soziale Beziehungen, Wohnen, Umwelt usw.
- ➔ Langzeitpflegeheime sollen Orte eines menschenwürdigen Lebens sein, mit ausreichend qualifiziertem Personal, sozialer Begleitung und der Bekämpfung jedes Missbrauchs.
- ➔ Alle Entscheidungen in der Gesundheits- und Wohnpolitik müssen unter Berücksichtigung der Menschenrechte und des Rechts auf ein Leben und Sterben in Würde getroffen werden.

3

Das Recht auf qualitativ hochwertigen Wohnraum, der den Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung trägt

In Bezug auf die **Wohnsituation älterer Menschen** kann eine erste Feststellung gemacht werden: Mehr als 80 % der älteren Menschen in Europa wünschen sich, in ihrer eigenen Wohnung zu altern. Dieser Wunsch hat erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung und Entwicklung von Wohnungen. Die Frage der Wohnsituation als wesentlicher Faktor der Betreuung zu Hause wird derzeit überhaupt nicht thematisiert. Es ist daher notwendig, zunächst die bestehenden Wohneinrichtungen für ältere Menschen anzupassen. Die Anpassung der Wohnung an die Betreuung zu Hause bedeutet nicht immer einen grossen Aufwand. Aber alle Räume sind betroffen: Bad, Küche, Treppen, Schlafzimmer. Es gibt Millionen von alten Wohnungen und die Erneuerungsrate durch Neubauten beträgt kaum mehr als 1 % pro Jahr! Bei der Betreuung zu Hause geht es nicht um den Bau neuer Wohnungen, sondern darum, Wege zur Anpassung bestehender Wohnungen zu finden, wobei zusätzliche Zuschüsse zur Deckung der Kosten für die Anpassung sowie für die Pflege zu Hause gefordert werden. Erschwinglicher und angemessener Wohnraum wird für EU-Bürgerinnen und -Bürger im Ruhestand immer mehr zur Alltagssorge, da die Kosten für Wohnraum zu einer unerträglichen täglichen Angst geworden sind. Die Wohnpolitik ist immer noch zu sehr auf die Bedürfnisse von gestern ausgerichtet und zu wenig auf die Bedürfnisse von heute, geschweige denn auf jene von morgen. Infolgedessen ist die Wohnung, die eine Stütze für den Einzelnen sein sollte und zu seiner Autonomie, Mobilität und Entfaltung beitragen sollte, allzu oft eine Quelle der Besorgnis, eine Bremse und oft sogar ein Hindernis.

GRUNDSATZ 19 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: WOHNRAUM UND HILFE FÜR WOHNUNGSLOSE

- a. Hilfsbedürftigen wird Zugang zu hochwertigen Sozialwohnungen oder hochwertiger Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung gewährt.
- b. Sozial schwache Personen haben das Recht auf angemessene Hilfe und Schutz gegen Zwangsräumungen.
- c. Wohnungslosen werden angemessene Unterkünfte und Dienste bereitgestellt, um ihre soziale Inklusion zu fördern.



Deshalb fordert die FERPA:

- ➔ Eine EU-Politik umfassender Massnahmen und Reinvestitionen in erschwinglichen Wohnraum für alle RentnerInnen, die ihn benötigen, sowohl auf regionaler als auch auf europäischer Ebene.
- ➔ Zugang zu Sozialwohnungen ohne Altersdiskriminierung.
- ➔ Eine Verpflichtung, welche die Ausgaben für den Bau von qualitativ hochwertigen, angepassten Einrichtungen und Wohnungen speziell für ältere und behinderte Menschen zum Inhalt haben muss.
- ➔ Finanzierungsmodelle und Bedingungen für deren Zugang sowie Merkmale dieser Subventionen, die in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union einzuführen sind.
- ➔ Eine Garantie für den Verbleib in einer Wohnung oder den Zugang zu einer neuen Wohnung zu ausgewählten Bedingungen, was für viele Frauen eine Herausforderung darstellt, da die ungleichen Renten von Männern und Frauen zu ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu Wohnungen führen.
- ➔ Eine Raumordnungs- und Wohnpolitik, die den älteren Menschen Rechnung trägt.
- ➔ Effiziente Unterstützung von älteren Menschen, die zu Hause leben: Gesundheitsversorgung, Haushaltshilfe, Sozialhilfe, ...

4

Das Recht auf Zugang zu Energie und essenziellen Dienstleistungen

Im Hinblick auf den Zugang zu Energie und insbesondere auf die Beseitigung der Energiearmut können mehrere Feststellungen getroffen werden. Millionen von Menschen sind davon betroffen, vor allem aber ältere Menschen. In den einzelnen Ländern gibt es keine angemessenen und ausreichenden Massnahmen zur Verringerung und/oder Beseitigung der Energiearmut. Die von einigen Ländern ergriffenen Massnahmen reichen nicht aus, insbesondere wenn die Rechnungen nicht bezahlt werden können oder wenn Millionen von Haushalten aufgrund der hohen Kosten oder der geringen Ressourcen nicht von der Energie profitieren können. Das Fehlen politischer Massnahmen verschlimmert die Situation der betroffenen Bevölkerung, da es keine entsprechenden Aktionsprogramme gibt, so dass die am meisten gefährdeten Personen völlig ungeschützt sind. Schliesslich sind die Faktoren, welche die Energiearmut bestimmen, eher sozioökonomischer als klimatischer Natur.

Deshalb fordert die FERPA:

- ➔ Das Recht der Haushalte, insbesondere älterer Menschen, auf die Deckung ihrer Grundbedürfnisse, entweder individuell oder kollektiv, zum Beispiel durch steuerliche Anreize.
- ➔ Die Einrichtung von Programmen zur Erkennung und Identifizierung von Krankheiten im Zusammenhang mit Energiearmut.
- ➔ Die Einführung von gesetzlichen Sozialtarifen für die Energieversorgung.
- ➔ Die Festlegung eines Maximalbetrags für die Energiekosten in Abhängigkeit des Einkommens, um die Zahlung zu ermöglichen. Energie ist eine wesentliche Dienstleistung und daher ein Recht.
- ➔ Die Einführung von Preisnachlässen für ältere Menschen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen.
- ➔ Rücksichtnahme auf Familien mit älteren Menschen und Kindern.
- ➔ Die Gewährleistung eines Mindestangebots für die Energieversorgung

GRUNDSATZ 20 DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE: ZUGANG ZU ESSENZIELLEN DIENSTLEISTUNGEN

Jede Person hat das Recht auf den Zugang zu essenziellen Dienstleistungen wie Wasser-, Sanitär- und Energieversorgung, Verkehr, Finanzdienste und digitale Kommunikation. Hilfsbedürftigen wird Unterstützung für den Zugang zu diesen Dienstleistungen gewährt.



Seit ihrer Gründung im Jahr 1993 ist die **FERPA** (der Europäische Bund der Rentner und älteren Menschen) die Stimme von Millionen von RentnerInnen und älteren Menschen in Europa. Sie bringt ihre Forderungen zum Ausdruck und hilft mit sicherzustellen, dass diese Forderungen anerkannt und entsprechend behandelt werden.

FERPA ist ein **wichtiger Akteur in der Zivilgesellschaft** dank seiner Rolle beim Aufbau der europäischen Union und Erfüllung der Bedürfnisse von RentnerInnen, sowohl auf nationaler Ebene – durch rund 40 nationale Gewerkschaftsorganisationen in 21 europäischen Länder – als auch auf europäischer Ebene.

Die Föderation setzt sich für die Anerkennung von RentnerInnen und älteren Menschen und ihrer Rolle in der Gesellschaft ein. FERPA glaubt dass RentnerInnen und ältere Menschen nicht einfach nur als Menschen angesehen werden dürfen, die Hilfe brauchen. Sie sind nicht Bürger zweiter Klasse, sondern vollwertige Bürger, die ihre eigene Rolle in der Gesellschaft zu spielen haben, insbesondere durch das Teilen ihrer Erfahrungen und Fähigkeiten, die sie sich während ihres gesamten Lebens angeeignet haben.

www.ferpa.org



ferpa

FÉDÉRATION EUROPÉENNE
DES RETRAITÉS ET DES PERSONNES ÂGÉES





FERPA

Boulevard du Roi Albert II, n°5 • B-1210 Brussels • Belgium
Contact: Jessica Montiel • Tel. +32/2/224.04.42 • jmontiel@etuc.org
www.ferpa.org



ferpa FÉDÉRATION EUROPÉENNE
DES RETRAITÉS ET DES PERSONNES ÂGÉES